

Porto zahlt
der
Empfänger!

KPÖ-Oberösterreich
Melicharstraße 8
4020 Linz

Antwortkarte

Ich möchte:

- Infos über Aktionsmöglichkeiten gegen den Ausverkauf
- Stichwort: Grundversorgung
- Beschäftigungspolitisches Programm
- Probenummer "Die Arbeit"
- Probenummer "Volksstimme"
- Probenummer „Mieterzeitung“

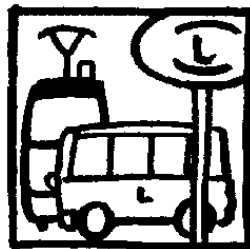
Gewünschtes ankreuzen, Absender nicht vergessen, Karte abtrennen und absenden.

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Impressum: Medieninhaber (Verleger), Herausgeber, Hersteller: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon (0732) 652158, Fax (0732) 604763, Mail kpoe.oee@nextra.at, Web www.kpoe.at/oee



Was sagen KPÖ und GLB dazu?

KPÖ und GLB (Gewerkschaftlicher Linksblock) weisen auf die **Bedeutung des öffentlichen Eigentums** für die Aufrechterhaltung der **sozialen Sicherheit** und die **Grundversorgung mit lebensnotwendigen Gütern und Leistungen** zu günstigen Preisen hin. KPÖ und GLB treten daher entschieden **gegen die Privatisierung und den Ausverkauf** in diesem Bereich ein:

- Wir treten für die **Stärkung und den Ausbau der kommunalen Versorgungsbetriebe** im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung ein
- Wir sind für eine **öffentliche österreichische Strom-, Energie- und Wasserwirtschaft**.
- Die **ÖIAG muss strategischer Eigentümer** der heute noch im Besitz der Republik befindlichen Industriebetriebe bleiben und sich in neuen strategischen Bereichen neu verankern
- Wir sind für die Sicherung und den Ausbau des **umlagefinanzierten, öffentlichen Pensionsystems** und für die Demokratisierung der selbstverwalteten Sozialversicherung.
- Wir fordern **Gewerkschaften und Arbeiterkammern** auf, **gegen den Ausverkauf** Stellung zu nehmen.
- Wir treten für die **Selbstorganisation der Betroffenen** ein und rufen zum **breiten Widerstand gegen den Ausverkauf** auf, weil die Regierung nur auf politischen Druck reagiert.

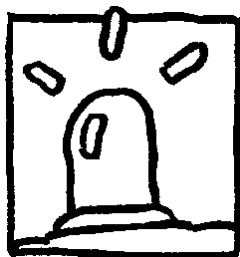
Grundversorgung: Öffentliches Eigentum statt Spielball der Konzerne!



Gegen den Ausverkauf!

Eine Information von





Was bisher geschah.....

Mit dem Regierungsantritt der rotschwarzen Koalition im Jahre 1986 begann die **Zerschlagung der Verstaatlichten** als Vorleistung für den EU-Beitritt. Im Aviso der EU zum österreichischen Beitrittsansuchen wurde der hohe Staatsanteil (neben der Neutralität) ausdrücklich als eines der Beitritts Hindernisse genannt.

Heute sind die meisten der ehemaligen verstaatlichten Betriebe (Voest, Chemie, OMV, Böhler, AMAG, Schiffswerft usw.) nach zahllosen Um- und Neugliederungen durch **Börsengänge oder Verkauf** ganz oder teilweise privatisiert, wurden teilweise faktisch verschenkt (AMAG). Die ÖIAG wurde von einer Verstaatlichten- zu einer Privatisierungsholding umfunktioniert.

Analog dazu wurden - nach der **Ausgliederung von ÖBB und Post** aus dem Bundesbudget - direkt im öffentlichen Besitz (Austria Tabak, Telekom, PSK) oder im Besitz öffentlicher Banken (CA, Bank Austria) stehende Unternehmen (Steyr-Daimler-Puch) durch Börsengänge, Beteiligungen oder direkte Übernahmen ausverkauft.

Der Löwenanteil dieses Ausverkaufs fand **bereits unter der rotschwarzen Regierung** statt, die blauschwarze Regierung führt diesen Kurs verstärkt zu Ende. Ungeachtet des Regierungswechsels setzt auch die SPÖ - mit den Grünen im Schlepptau - auf Ausverkauf, wie die Verschmelzung der Bank Austria mit der bayrischen Hypo-Vereinsbank beweist.

Neue Quellen für den Profit

Unter der Parole „**Mehr privat, weniger Staat**“ und Verweis auf die **EU-Liberalisierung** öffentlicher Bereiche behaupten Politik und Medien, daß private Unternehmen die Grundversorgung besser lösen könnten als die öffentliche Hand. Auch wenn die bisherigen Erfahrungen in den USA und Großbritannien das Gegenteil beweisen.

Hauptziel der Begehrlichkeit des in- und vor allem ausländischen privaten Kapitals ist die **Grundversorgung** vor allem im regionalen und kommunalen Bereich:

* Die Atomkonzerne Frankreichs (EdF) und Deutschlands (RWE, E.ON) haben schon den Fuß in der Tür der österreichischen **Stromwirtschaft**. Die vielstrapazierte „österreichische Stromlösung“ wurde politisch gezielt torpediert.

* Ähnlich wie beim Strom droht auch am **Gasmarkt** durch die Liberalisierung eine neue Monopolisierung.

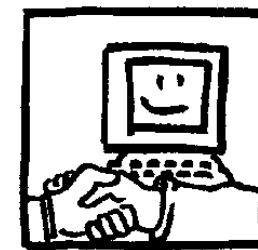
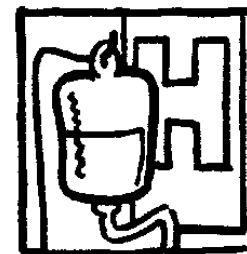
* EU-Konzerne greifen nach dem österreichischen **Wasser**. Der Ausverkauf der Bundesforste hätte gewaltige Auswirkungen auf Wald, Umwelt und Wasserreserven.

* Bei der Privatisierung der **Stadtbetriebe** wollen sich private Interessenten die Filetstücke (Strom, Gas, Wärme, Bestattung) herauspicken.

* Die Beseitigung der Gemeinnützigkeit für 61.000 **Bundeswohnungen** (WAG, BUWOG, EBS Linz, EBS Villach, WG der ÖBB Wien) zielt ebenfalls auf Privatisierung.

* Die Ausgliederung von Spitälern (Land OÖ, Stadt Linz) ist eine Vorstufe zur Privatisierung des **Gesundheitswesens**.

* Die Umwandlung der Pflichtversicherung in eine Versicherungspflicht und das „Drei-Säulen-Modell“ (Staats-, Betriebs-, Privatpension) soll den Pensionskassen satte Geschäfte mit der **Pensionsfinanzierung** eröffnen.



Wohin führt die Deregulierung?

Die EU als „Europa der Konzerne“ basiert auf den **vier Grundfreiheiten** (Kapitalverkehr, Güterverkehr, Personenverkehr, Dienstleistungsverkehr). Dem Profite entgegenstehende Hindernisse sollen beseitigt werden.

Dazu gehört vor allem das **öffentliche Eigentum** an jenen Einrichtungen die aus historisch entstandenen Gründen, vor allem aber aus Zweckmäßigkeit und sozialen Erwägungen das **Funktionieren der Grundversorgung** (Strom, Gas, Wasser, Abwasser, Nahverkehr, Telekommunikation, Post, Bahnverkehr, Gesundheit, Pensionen, Kindereinrichtungen, Kultur usw.) sichern.

Mit strikten Maastricht-Vorgaben zur Euro-Budgetsanierung fehlt insbesondere auf der Ebene der Gemeinden der finanzielle Spielraum. Die Folge sind **Ausgliederungen** wichtiger kommunaler Einrichtungen aus dem Budget und letztlich deren **Privatisierung**. Was bedeutet dies?

* Verlust von Möglichkeiten zur **Querfinanzierung** (etwa Stromgewinne für Nahverkehrsdefizite)

* Erhöhung von **Tarifen und Gebühren**

* **Einschränkung von Leistungen** der Grundvorsorge

* **Druck auf Arbeitsplätze**, Sozialleistungen und Löhne der Beschäftigten

* Verlust **politischer Entscheidungsmöglichkeiten** in fundamentalen Bereichen

* Diktat des „freien Marktes“